



Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 14.10.2020:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, [dan-news](#), [lug-info](#) sowie [ukrinform](#), [tass](#), [sputnik](#) und [ria.ru](#)

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: Wir sind gezwungen das Fehlen konkreter Ergebnisse der heutigen Sitzung der Kontaktgruppe zu konstatieren.

Leider gab es keinen konstruktiven und fruchtbaren Dialog zu den grundlegenden Fragen des Verhandlungsprozesses.

„Die Kollision zwischen der Entschließung der Obersten Rada über die örtlichen Wahlen und dem Maßnahmenkomplex wurde nicht beseitigt, obwohl die ukrainische Delegation bereits vor zwei Monaten die Verpflichtung übernommen hat, dies zu unterstützen. Es ist offensichtlich, dass die derzeitigen Vertreter der Ukraine in Minsk nach Auffassung des Parlaments über keine Vollmachten verfügen. Diese Situation hat auch gezeigt, dass einfach kein Mechanismus zur Implementierung möglicher Vereinbarungen besteht, weil für das ukrainische gesetzgebende Organ die Vereinbarung beliebiger Entscheidungen in der Kontaktgruppe nichts bedeuten.

Offensichtlich meinen die Abgeordneten der Rada, dass sie, weil sie nicht allesamt die Minsker Vereinbarungen unterschrieben haben, sie nicht einhalten müssen.

Beim Versuch, diese negativen Tendenzen zu überwinden, haben wir einen Kompromissvorschlag vorgestellt, der in der Lage ist, den Verhandlungsprozess aus der Sackgasse zu führen. Wir haben einen komplexen Entwurf eines Handlungsplans (Fahrplans) zur Regelung des Konflikts entsprechend den Minsker Vereinbarungen vorgelegt, an dem zuerst alle Verhandlungsteilnehmer arbeiten wollten.

Zur Bearbeitung dieses Dokuments war es nur erforderlich, der Arbeitsgruppe zu politischen Fragen einen gemeinsamen Auftrag zu geben. Aber dieses Mal hat die ukrainische Seite, die ihren Unwillen äußerte, auf Grundlage eines Dokuments, dessen Autoren wir sind, zu arbeiten, seine Erörterung um einige Stunden verzögert. Es ist offensichtlich, dass solche Handlungen auf eine Blockade des Prozesses gerichtet sind und darauf, unserem Vorschlag jegliche Perspektiven zu nehmen“, sagte die Außenministerin Natalja Nikonorowa.

Zu den anderen Fragen der Tagesordnung hörten die Mitglieder der Kontaktgruppe ohne Erörterung die Berichte der Koordinatoren der Arbeitsgruppe.

Im Bereich der Sicherheit blockiert die ukrainische Seite weiter die genauere Erarbeitung der Funktion des Koordinationsmechanismus unter Beteiligung des GZKK in der derzeitigen Zusammensetzung als einziges Kontrollmittel. So bestätigt sich auch ihr Rückzug auf den zuvor vereinbarten Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueereinstellung.

Außerdem kann auch die Inkonsequenz der Positionen unseres Gegenübers vom Gesichtspunkt der prozeduralen Fragen der Sitzung der Kontaktgruppe genannt werden. Während sie nachdrücklich die Einhaltung der Vertraulichkeit und des Verbots einer Audio- und Videoaufzeichnung des Prozesses fordern, lässt die ukrainische Seite das Durchsickern von Audioaufzeichnungen zu, die sie angeblich „nicht betreibt“.

Die bevollmächtigte Vertreterin der DVR äußert die Hoffnung, dass trotz der Unzuverlässigkeit der Positionen und der „Leichtfertigkeit“ der politischen Realitäten der Ukraine es dennoch gelingen wird, eine Unterstützung der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen durch Kiew festzustellen und die Blockade des Verhandlungsprozesse zu beenden.
Die nächste Sitzung der Kontaktgruppe findet am 28. Oktober statt.

Tass.ru: Der Vertreter der RF in der Kontaktgruppe Boris Gryslow:

Zum Zweck einer möglichst schnellen und allumfassenden Regelung des innerukrainischen Konflikts und zur Festlegung einer Folgerichtigkeit der Schritte auf den politischen, ökonomischen, humanitären Gebieten und im Bereich der Sicherheit entsprechend den Minsker Vereinbarungen wurde vorgeschlagen, die Arbeitsgruppe zu politischen Fragen zu beauftragen, den vorliegenden Entwurf eines Handlungsplans (Fahrplans) zu überarbeiten.

Es wurde vorgeschlagen, dieses Dokument zur nächsten Sitzung der DKG am 28. Oktober 2020 abzustimmen.

Die ukrainische Seite hat sich allerdings geweigert, dieses Plan zu behandeln und vorgeschlagen an einer Modernisierung der Minsker Vereinbarungen zu arbeiten, was gleichwertig ist mit einer Weigerung, sie umzusetzen.

Die Ukraine und die OSZE bestehen nach wie vor darauf, dass die Verhandlungen in Minsk geheim seien. Die OSZE hat zur heutigen Sitzung einen Entwurf von Regeln über die informationsmäßige Begleitung des Verhandlungsprozesses vorgelegt. Aber in der vorgeschlagenen Redaktion kann der Entwurf von den Teilnehmern der Sitzung nicht unterstützt werden. Die russische Delegation besteht auf einer bedingungslosen, maximal offenen und vollständigen informationsmäßigen Begleitung der Arbeit der dreiseitigen Kontaktgruppe.

Wenn Kiew tatsächlich Vertraulichkeit wollte, so würde es Licht in die ständigen Verzerrungen der Informationen über den Verlauf der Verhandlungen und die erreichten Vereinbarungen von seiner Seite bringen.

Es ist klar, dass die Kiewer Regierung ihre Schuld und ihre Verantwortung für den Konflikt verschweigen will. Aber dies ist unmöglich. Keinerlei Wahlkampfverbeugungen Kiews nehmen ihm die Verantwortung für die innerukrainische Krise.

Leider wurden in dem Entscheidungsentwurf der OSZE keine konkreten Entscheidungen zur Gewährleistung einer normalen informationsmäßigen Begleitung des Verhandlungsprozesses vorgeschlagen, die es erlauben, das erwartete Ergebnis zu erzielen.

Am heutigen Tag sind die Probleme, die zuvor auf den Sitzungen der DKG aufgeworfen wurden, ungelöst geblieben. Unter anderem wurden nicht die notwendigen Änderungen in die Entschließung der Obersten Rada über die Kommunalwahlen, die den Minsker Vereinbarungen widerspricht, aufgenommen worden.

Mit der Verweigerung einer gemeinsamen Inspektion ist die Ukraine am 16. September aus den Zusatzmaßnahmen zur Stärkung des Regimes der Feuereinstellung ausgestiegen. Kiew weigert sich hartnäckig, ein neues Paket von Zusatzmaßnahmen zu vereinbaren, das eine detaillierte Regelung für das Funktionieren des Koordinationsmechanismus zur Kontrolle der Zusatzmaßnahmen einschließt.

Derzeit bleibt die Arbeit zur Gewährleistung einer Einstellung der Verfolgung von Personen, die mit einem Austausch freigelassen wurden, blockiert. Kiew hat dies bis heute nicht getan.

Bei der heutigen Sitzung der DKG wurden ernsthafte Anstrengungen unternommen, um aus der durch die Schuld der Ukraine entstandene Krise der Verhandlungen herauszukommen. Aber die Ukraine nimmt weiterhin eine kontraproduktive, inkonsequente Positionen ein, die den Verhandlungsprozess blockiert.

Lug-info.com: Mitteilungen der Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppe Olga Kobzewa

Bis heute hat die Ukraine den Austausch von 2019 nicht abgeschlossen, ihr Vertreter Kutschma hat Verpflichtungen unterzeichnet, dass in einem bestimmten Zeitraum alle Personen prozessual

freigestellt werden, das heißt von strafrechtlicher Verantwortung befreit, worüber die humanitäre Untergruppe in Kenntnis gesetzt wird.

Bei der letzten Sitzung der humanitären Gruppe am 13.10. und der Kontaktgruppe am 14.10. Hat die Vertreterin der Ukraine Tretjakowa erklärt, dass sich die Gerichtsverhandlungen über Jahre hinziehen könnten. Und die Freilassung der Menschen unter persönlicher Verpflichtung gibt ihnen nicht das Recht, nicht bei Gericht anwesend zu sein. Das heißt, mit einer solchen Erklärung hat Frau Tretjakowa die Verpflichtungen, die Frau Lutkowskaja übernommen hat und die von Herrn Kutschma unterschrieben wurden, zunichte gemacht.

Das ist von Seiten der Ukraine eine sehr bequeme Position, die Verantwortung auf andere zu schieben und sich den eigenen Verpflichtungen zu entziehen.

Wir können heute klar sagen, dass die Ukraine die Befreiung der Menschen sabotiert und sich im Informationsraum mit eigener PR befasst und einen Schuldigen sucht, aber sich selbst im Spiegel nicht sehen will.

Seit 2015 wurde in der humanitären Gruppe immer die Frage der Freistellung der Menschen, die an den Ereignissen „in den einzelnen Bezirken der Lugansker und Donezker Oblast“ beteiligt waren, von strafrechtlicher Verantwortung erörtert – Annahme eines Gesetzes über Amnestie, aber die Ukraine weigert sich kategorisch diese Forderung zu erfüllen. ...

Seit der Annahme der Entschließung der Obersten Rada über die Kommunalwahlen, wobei sie den vierten Punkt der Minsker Vereinbarungen zunichte gemacht hat, tut die ukrainische Seite absolut alles, um ihren Verpflichtungen zu entkommen. Und die Hauptsache, Herr Krawtschuk und die anderen Vertreter der Ukraine bei den Verhandlungen erklären, dass sie keine Vollmachten haben, um auf den Präsidenten, die Oberste Rada usw. Einfluss zu nehmen. Im Zusammenhang damit kommt die Frage auf: Sind Sie überhaupt bevollmächtigt, den eigenen Staat bei den Minsker Verhandlungen zu vertreten?